



Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Online-Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **19. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie mir gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter sandra.exner@gesundheit-nds.de und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit
**Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)**

Aktuelles aus der LVG & AFS

Film zum Programmauftakt „Präventionsketten in Niedersachsen – Gesund aufwachsen für alle Kinder“

Wie kann ein Aufwachsen im Wohlergehen auch und gerade für jene Kinder gelingen, die schwierige Lebensbedingungen bewältigen müssen? Zum Programmauftakt von „[Präventionsketten in Niedersachsen – Gesund aufwachsen für alle Kinder](#)“ wurde diese Frage in Vorträgen und Workshops vertieft. Der Film liefert Statements von Teilnehmenden und Referent*innen zur Thematik und dokumentiert Ausschnitte der Veranstaltung, die am 25. August 2016 in Hannover stattfand.

[\[Weiterlesen...\]](#)

„Wir können auch anders... und machen es auch! Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Gesundheitsförderung, Jugendhilfe, Stadtteilarbeit, Kitas, Schulen und mehr...“

1. März 2017, Hannover

Die UN-Kinderrechtskonvention formuliert Schutz, Förderung und Beteiligung als zentrale Rechte für Kinder und Jugendliche. Seit dem Inkrafttreten des Präventionsgesetzes kommt dazu noch Unterstützung von ganz anderer Seite. Die erfolgreiche Beteiligung von Eltern und Kindern an Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung gilt als unverzichtbare Voraussetzung für ihr Gelingen, der Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen ist daher ein Dauerthema in vielen Fachdiskussionen. Viele Engagierte fragen: Wie kann es gelingen, diejenigen zu erreichen, die von gesundheitsfördernden Angeboten besonders profitieren können? Die Veranstaltung „Wir können auch anders...“ zur Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern will hier vermitteln. Sie bietet einen Überblick über den Stand von Forschung und Praxis in der Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familie, schafft eine Plattform für die Wissenschaft, stellt gelungene Praxismodelle vor und bringt die Fachkräfte miteinander ins Gespräch.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus dem Kooperationsverbund

14. Kooperationstreffen des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit: „Neue Herausforderungen gemeinsam angehen“

Am Jahresende 2016 sind entscheidende Weichen zur Umsetzung des Präventionsgesetzes gestellt. Maßgeblich zum Einsatz kommen dabei die im Kooperationsverbund aufgebauten Strukturen. Neben diesen Veränderungen steht das Gesundheitswesen in Deutschland mit der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen vor einer großen Herausforderung. Hier haben insbesondere die Akteure vor Ort, in den Kommunen, enorm viel zu leisten. Dabei nutzen sie vielfach Strukturen und Vorgehensweisen, die sie im Laufe der letzten Jahre als „integrierte kommunale Strategien“ aufgebaut haben. Der Kooperationsverbund rückt dieses Thema in seiner Arbeit vermehrt in den Vordergrund.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Fluchtpunkt Kommune: Perspektiven auf Gesundheitsförderung bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

15. März 2017, Berlin

Die Satellitenveranstaltung des Kongresses "[Armut und Gesundheit](#)" widmet sich der Gesundheitsförderung und Prävention bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aktuelles aus Niedersachsen

Gesetzliche Krankenversicherung: Wer Einkommensnachweise nicht vorlegt, zahlt Höchstbeitrag

Für die Beitragsberechnung der gesetzlichen Krankenkasse ist das Einkommen maßgeblich. Legen freiwillig Versicherte keine Einkommensnachweise vor, wird automatisch der Höchstbetrag fällig. Was nach einer einfachen Regelung aussieht, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung schlicht als unsozial: Die Sanktion trifft Versicherte mit geringen Einkünften unverhältnismäßig hart. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen fordert daher eine Nachbesserung der gesetzlichen Regelung.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Ein Jahr „Niedersachsen packt an!“

Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN), den beiden großen christlichen Kirchen in Niedersachsen sowie dem Land Niedersachsen wurde vor einem Jahr das Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an!“ ins Leben gerufen. Ziel war und ist es, die Aufnahme und Integration von Geflüchteten und Asylbegehrenden in Gesellschaft und Arbeit voranzubringen. Zum Jahrestag wurde eine Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Nothilfe-Fonds für Flüchtlinge startet neue Förderperiode

Auch nach zwei Jahren ist das Engagement für Flüchtlinge im Bistum Hildesheim hoch. Entsprechend groß ist der Bedarf an Unterstützung für Ehrenamtliche. Der Nothilfe-Fonds für Flüchtlinge wird bis zum Jahr 2020 einschließlich fortgeführt. Mit der Weiterführung des Nothilfe-Fonds im Volumen von 150.000 Euro jährlich setze das Bistum Hildesheim ein deutliches Zeichen, dieses wichtige Engagement auch weiterhin zu unterstützen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bundesteilhabegesetz gestartet. Landesbeauftragte Petra Wontorra: Den Baustein „Teilhabebertatung“ jetzt aktiv mit den Betroffenen gestalten!

Nun fehlt nur noch die Unterschrift vom Bundespräsidenten – dann wird das Bundesteilhabegesetz in mehreren Stufen ab 2017 in Kraft treten. Menschen mit Behinderungen haben bis zuletzt Änderungen gefordert, die Länder haben Vorschläge eingebracht. „Die Korrekturen und Verbesserungen am Bundesteilhabegesetz ‚in letzter Minute‘ zeigen, dass die Stimme der Menschen mit Behinderungen Gewicht hat“, betonen Petra Wontorra, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, und ihre Kolleg*innen aus Bund und Ländern. Wontorra mahnt an, dass das Gesetz längst nicht alle Probleme löse und dass weitere Schritte festgelegt werden müssten, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu gewährleisten: „Als Behindertenbeauftragte von Bund und Ländern werden wir eine Weiterentwicklung des Teilhaberechts für Menschen mit Behinderungen

in den kommenden Jahren weiter begleiten und einfordern." Die Beauftragten sind sich ebenfalls einig, dass die neu einzuführende unabhängige Teilhabeberatung ein wichtiger Baustein ist, bei deren Ausgestaltung die Beauftragten und die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen von Anfang an zu beteiligen sind. [\[Weiterlesen...\]](#)

Landesregierung präsentiert den ersten Aktionsplan Inklusion für Niedersachsen

Der Aktionsplan enthalte mehr als 200 konkrete Maßnahmen aus allen Lebensbereichen wie beispielsweise Arbeit, Pflege, Bildung und Gesundheit. Grundlage für den Aktionsplan war zum einen der Maßnahmenkatalog des interministeriellen „Arbeitskreises Inklusion“: Vertreter*innen aller Ministerien haben ressortübergreifend Richtlinien und Aktionen entwickelt, um die UN-Behindertenrechtskonvention auf Ebene der Landesverwaltung umzusetzen. Zum anderen wurden zahlreiche Ziele und Maßnahmen in den Aktionsplan aufgenommen, die die „Fachkommission Inklusion“ erarbeitet hat.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aktuelles auf Bundesebene

VdK: Armutsbekämpfung muss heute beginnen!

Zu den aktuellen Entscheidungen der Koalition zur Rentenpolitik erklärt Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland: „Die Zurechnungszeiten für Erwerbsminderungsrenten sollen erst ab 2018 und dann nur schrittweise bis 2024 weiter angehoben werden. Diese Entscheidung bleibt im Hinblick auf zukünftige Erwerbsminderungsrenten weit hinter den Erwartungen zurück. Für die 1,7 Millionen derzeitigen Erwerbsminderungsrentner*innen ist sie sogar eine riesige Enttäuschung, da nichts gegen deren akut bestehende Armutssituation unternommen wird. Bereits heute sind in Haushalten, in denen Erwerbsminderungsrentner*innen leben, knapp 40 Prozent der Menschen von Armut bedroht.“

[\[Weiterlesen...\]](#)

Steuerbelastung ist in Deutschland relativ gleichmäßig über die Einkommensgruppen verteilt – Geringverdiener sind relativ stark mit indirekten Steuern belastet

Die prozentuale Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen in Deutschland ist erstaunlich gleichmäßig über alle Einkommensgruppen verteilt und wirkt nur wenig progressiv. Dies zeigt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). „Lediglich die Einkommen- und Unternehmenssteuern sind stark progressiv und belasten vorwiegend Haushalte mit höheren Einkommen“, sagt DIW-Steuerexperte Stefan Bach. „Knapp die Hälfte des Steueraufkommens entfällt aber auf indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer, Energiesteuern oder Genussmittelsteuern, die Haushalte mit niedrigen Einkommen deutlich stärker belasten als Haushalte mit hohem Einkommen.“

[\[Weiterlesen...\]](#)

Was den Menschen wichtig ist

Eine Bestandsaufnahme der Lebensqualität in Deutschland – darum ging es im Regierungsprojekt ["Gut leben in Deutschland"](#). Im Ende Herbst 2016 ist der Abschlussbericht erschienen. Diese Bestandsaufnahme soll helfen, dass politische Maßnahmen gezielter auf jene Aspekte konzentriert werden, welche von den Menschen in Deutschland als wichtig für die Lebensqualität angesehen werden. Kritiker halten entgegen, dass die Regierung es eigentlich nicht ernst gemeint hat und dass die Statistiken nichts ändern werden. Der folgende Gastbeitrag von Gert G. Wagner, Julia M. Rohrer und Martin Brünmmmer ist am 27. Januar 2017 in gekürzter Fassung auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Junge Flüchtlinge in Deutschland

Weltweit sind rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Hälfte von ihnen ist minderjährig. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Familien in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen Zuflucht suchen, wächst rasant. Darunter sind viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF), die mittlerweile direkt von der Kinder- und Jugendhilfe in Obhut genommen werden. Aber auch die zum Teil schwer traumatisierten Kinder im familiären Umfeld brauchen Hilfe. Viele von ihnen leben in Lagern oder unzureichenden Wohnverhältnissen und sind vielfältigen Belastungen und Kindeswohlgefährdungen ausgesetzt. Die Unterstützung und Förderung dieser Kinder in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, in Grundschulen und Horten ist eine große Herausforderung

für die (sozial-)pädagogischen Fachkräfte. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass die Geflüchteten im Heranwachsendenalter eine schulische oder berufliche Ausbildung erhalten. Das Deutsche Jugendinstitut informiert auf seinen Seiten rund um das Thema Junge Flüchtlinge in Deutschland.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Künftig begleiten alle Jugendmigrationsdienste junge Flüchtlinge

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) baut seine Beratungsangebote für junge Flüchtlinge aus: Künftig sollen an allen Standorten der Jugendmigrationsdienste junge Flüchtlinge, die rechtmäßig oder mit Duldung in Deutschland leben, beraten und begleitet werden. Das BMFSFJ fördert bundesweit über 450 Jugendmigrationsdienste (JMD) in Trägerschaft der Bundesarbeitsgemeinschaften Katholische und Evangelische Jugendsozialarbeit, des Internationalen Bundes und der Arbeiterwohlfahrt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit

Das Bundeskabinett hat Mitte Januar 2017 den vom BMFSFJ eingebrachten Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit (Gesetz zur Förderung von Transparenz von Entgeltstrukturen), beschlossen. Mit diesem Gesetz gelingt nach der Einführung der Quote für Frauen in den Aufsichtsräten nun ein weiterer Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zielt auf die Durchsetzung des bereits seit über 50 Jahren geltenden Anspruches von Frauen auf gleiches Entgelt bei gleicher und gleichwertiger Arbeit. Es schafft nun neue Instrumente, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt auch beim Lohn voranzutreiben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aktualisierung des GKV Leitfadens Prävention

Mit dem GKV-Leitfaden Prävention legt der GKV-Spitzenverband in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Krankenkassen auf Bundesebene die inhaltlichen Handlungsfelder und qualitativen Kriterien für die Leistungen der Krankenkassen in der Primärprävention und betrieblichen Gesundheitsförderung fest, die für die Leistungserbringung vor Ort verbindlich gelten. Der Leitfaden Prävention wird modulweise weiterentwickelt; die Vorgaben aus dem Präventionsgesetz fließen in die Weiterentwicklung ein.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Den Durchblick behalten – weil Brillen Teilhabe ermöglichen!

Millionen Menschen sind in Deutschland auf eine Sehhilfe angewiesen. Aber kann sich Jede und Jeder eine Brille leisten? Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V. fordert die Mitglieder des Bundestages auf, die Finanzierung von Brillen für Menschen mit wenig Geld sicherzustellen und hat eine Petition ins Leben gerufen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Internationales

The Inclusive Growth and Development Report 2017

Der Bericht, herausgegeben vom World Economic Forum, präsentiert einen neuen globalen Index, der die Einkommenssituation im Ländervergleich besser als der GDP darstellen soll. Gleichzeitig wird eine politische Rahmenkonzeption vorgestellt, die diverse Faktoren nennt, über die ein verbesserter inklusiver Wachstumsprozess laufen könnte.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Berichte und Studien

Investitionen in die Integration von Geflüchteten lohnen sich

Mehr staatliche Unterstützung beim Deutschlernen und weitere Investitionen in die Bildung von Geflüchteten verbessern nicht nur deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt, sondern lohnen sich langfristig auch für die öffentlichen Haushalte. Das geht aus einer aktuellen Studie aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Zusätzliche Investitionen von 3,3 Milliarden Euro in

Sprachkenntnisse und Bildung der 2015 zugewanderten Flüchtlinge können die fiskalischen Kosten bis zum Jahr 2030 um elf Milliarden Euro reduzieren.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Qualifizierung und Qualifikation von Fachkräften mit Blick auf die Begleitung, Unterstützung und Integration von geflüchteten Familien und unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten – Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe

Weltweit sind etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Rund 890.000 Geflüchtete haben Deutschland im vergangenen Jahr erreicht; etwa 480.000 Personen – ein Drittel von ihnen minderjährig – haben 2015 einen Asylantrag gestellt. Diese in Deutschland Schutz suchenden Kinder, Jugendlichen und Familien zu begleiten und zu unterstützen, ist eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu verschiedenen Aspekten der Begleitung, Unterstützung und Integration von geflüchteten Familien und (unbegleiteten) minderjährigen Geflüchteten geäußert. In dem nun vorliegenden Positionspapier nimmt die AGJ die Herausforderungen in den Blick, vor denen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe bei der Arbeit mit geflüchteten Familien und unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten stehen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Siebter Altenbericht. Im Fokus: Soziale Ungleichheiten

Unter dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ wird im Siebten Altenbericht der Bundesregierung mit der Kommune ein wesentliches Setting für ältere Menschen in den Mittelpunkt gerückt. Prof. Dr. Susanne Kümpers und Prof. Dr. Monika Alisch, beide Mitglieder der Altenberichtscommission, haben in einem Beitrag insbesondere den Fokus auf soziale Ungleichheiten und Diversität gerichtet, mit dem sich der Bericht dann auch auf die Fragen der gesundheitlichen Chancengleichheit bezieht. Zunächst werden die Entwicklung, die Bedingungen und Folgen der steigenden Altersarmut in Deutschland beschrieben, und die Faktoren, die für bestimmte soziale Gruppen das Risiko der Altersarmut hochtreiben: Geringverdiener/innen, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, alleinlebende Frauen – und häufig Ältere, auf die gleich mehrere dieser Merkmale zutreffen. Bis ins hohe Alter sind mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status im Durchschnitt deutlich häufigere und frühere Erkrankungen, Funktionseinschränkungen und Behinderungen sowie ein kürzeres Leben verbunden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Von wegen gähnende Leere – Wie demokratiestärkendes Engagement ländliche Räume belebt

Wenn auf dem Land ein Projekt umgesetzt wird, berichtet meist die regionale Tageszeitung oder das Anzeigenblatt. So erreicht die Nachricht über inspirierende und wirksame Vorhaben kaum interessierte Leser*innen über das enge Verbreitungsgebiet oder die Projektwebsite hinaus. Dem möchte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit der vorliegenden Veröffentlichung etwas entgegensetzen und kleine und große Projekte aus dem ländlichen Raum vorstellen und zur Nachahmung empfehlen. Sie alle tragen mit ihrem demokratiestärkenden Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihrer Region bei.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Publikationen

Armut in Deutschland – Die Mitte schottet sich nach unten ab

Armut ist ein drängendes Problem in Deutschland, doch Empörung allein führt nicht zu politischem Handeln. Das weiß auch Georg Cremer, Generalsekretär des Caritasverbandes. In seinem Buch „Armut in Deutschland“ diskutiert er Lösungsansätze, die in Deutschland noch nicht verbreitet sind. Nüchternheit, Faktentreue und Empathie für die Armen sind dabei enge Begleiter.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Medien

Deutscher Menschenrechts-Filmpreis

Der Film „Morgenland“ wurde 2016 mit dem Deutschen Menschenrechts-Filmpreis in der Kategorie Amateure ausgezeichnet. In dem Film stehen Jugendliche Geflüchtete aus Syrien, dem Irak, aus Afghanistan, Eritrea und Somalia gemeinsam mit Göttinger Jugendlichen, deren Eltern vor sechzehn Jahren aus dem Kosovo geflüchtet sind, vor der Kamera.

[\[Weiterlesen...\]](#)

[\[Trailer...\]](#)

NDR Radioreportage: Gemeinschaft macht stark

Gemeinwesenarbeit wird aktuell in den Medien "wiederentdeckt". Mit großer Neugier geht die Journalistin Brigitte Lehnhof vom NDR 1 in einer Reportage dem interessanten Thema nach.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ungerecht

Kann sich der Mensch besser verwirklichen, wenn ihm der Staat ein bedingungsloses Grundeinkommen bietet? Der Armutsforscher Christoph Butterwegge bezweifelt das. Ein Kommunismus im Kapitalismus sei nicht möglich, sagt der Kandidat der Linkspartei für die Wahl zum Bundespräsidenten, in einem Hörbeitrag für Deutschlandradio Kultur.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Bildungszugang von geflüchteten Kindern: www.landkarte-kinderrechte.de

Welchen Zugang zu Kitas und Schulen haben geflüchtete Kinder in Deutschland? Einen schnellen Überblick über die Antworten der für die Kitas und Schulen zuständigen Ministerien aller 16 Bundesländer auf diese Frage, verschafft die erste Landkarte auf der Website www.landkarte-kinderrechte.de des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Instituts will die digitale Landkarte künftig regelmäßig nutzen, um die Umsetzung einzelner Kinderrechte kompakt zugänglich zu machen. Für die erste Landkarte Kinderrechte wurden bereits im letzten Jahr die Sozial- und Kultusministerien aller Bundesländer befragt, wie sie den Zugang zu Schule und Kitas regeln.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Veranstaltungen

Evaluation von Maßnahmen der Gesundheitsförderung praktisch umsetzen

13. Februar 2017, Hannover (**Terminsache**)

4. April 2017, Hannover

26. April 2017, Hannover

Was hat's gebracht? Diese Frage ist für alle interessant, die Maßnahmen der Gesundheitsförderung entwickeln und anbieten. In dem Workshop werden die Grundlagen der Selbstevaluation vermittelt, um die Teilnehmer*innen in die Lage zu versetzen, kleinere Evaluationsstudien durchzuführen. Im Zentrum steht zum einen die Frage, wie Ziele definiert werden müssen, damit sie messbar werden und so im Rahmen der Selbstevaluation überprüft werden können.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Gesund im Schlaraffenland? – Wie gefährlich sind Zucker & Co

27. Februar 2017, Bremen

Fast Food, preisgünstige XXL-Packungen und vor allem zuckerhaltige Softgetränke gehören heute bei immer mehr Verbraucher*innen und besonders bei Kindern und Jugendlichen zur täglichen Ernährung. Dieser „paradiesische“ Zustand hat sich zu einem gesundheitspolitischen Albtraum entwickelt: Die Zunahme von zum Beispiel Diabetes mellitus, Übergewicht und Adipositas ist ein weltweites Gesundheitsproblem. Vor diesem Hintergrund werden auf der interdisziplinären Veranstaltung die aktuellen Entwicklungen in Prävention und Verbraucherschutz diskutiert.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Kinderschutz im ländlichen Raum – Da geht noch was!!!

22. März 2017, Oldenburg

Wie kann Kinderschutz unter den Strukturmerkmalen und Besonderheiten des ländlichen Raumes gelingen und weiterentwickelt werden? Der Landkreis Friesland und das Kinderschutz-Zentrum Oldenburg stellen sich im Modellprojekt „Kinderschutz im ländlichen Raum“ diesen Herausforderungen. Neben einem einführenden Fachvortrag über den aktuellen Stand in Deutschland

und mögliche Projektideen bieten verschiedene Workshops die Gelegenheit, sich über die Chancen und Grenzen verschiedener Ansätze zu den klassischen Problemfeldern zu informieren und auszutauschen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Qualifizierungsreihe – Politische Bildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen

Start: März 2017

Fünf Module mit Schwerpunktthemen von Social Media bis Anti-Rassismus und über allen eine Frage: Wie erreiche ich „bildungsbenachteiligte“ Jugendliche mit Formaten und Projekten der politischen Bildung?

Auch 2017 bietet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb die Qualifizierung "Politische Bildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen" an. Die Qualifizierungsreihe des Netzwerks Verstärker der bpb umfasst fünf Module, die im Laufe eines Jahres an verschiedenen Orten in Deutschland über jeweils drei bis vier Tage angeboten werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: info@gesundheit-nds.net

Internet: www.gesundheit-nds.de

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.